

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gespaltene Pettzeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 28 • 37. Jahrgang

Berlin, den 11. Juli 1931

Das Hoover-Schonjahr ist gesichert

Hoovers Entschluß, den Kriegsschuldnern Amerikas und den Reparationsgläubigern Deutschlands die Aussetzung der Reparationszahlungen für ein Jahr vorzuschlagen, erfolgt in einem Augenblick schärfsten Bedrängnisses für Deutschland. Aus welchen Gründen und in welcher Absicht der Entschluß gefaßt wurde, steht dahin. Der Wortlaut von Hoovers Erklärungen kann sie nicht völlig klarstellen. Hoovers Hinweis, daß bei der gegenwärtigen günstigen Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten (wie im übrigen auch Frankreichs) Gold dorthin einströmen muß und daß diesem Goldüberfluß in anderen Ländern ein Goldmangel, der zu schweren Währungs- und Wirtschaftsnöten führt, gegenübersteht, ist völlig stichhaltig. Ebenso ist es richtig, daß die amerikanische Ausfuhr unter der Schrumpfung der Kaufkraft der europäischen Länder leiden muß und daß die amerikanischen Farmer bessere Preise erzielen könnten, wenn die Kaufkraft in Europa steigen würde. Diese Feststellungen wären für den Entschluß mitbestimmend, wahrscheinlich aber ebenso wenig entscheidend wie die Absicht, Deutschland selbstlos zu Hilfe zu kommen. Als Hoover nach dem Waffenstillstand in der Zeit der gewaltigen Hungersnot riesige amerikanische Getreidemengen nach Rußland sandte, war das Motiv der Hilfeleistung an Hungernde ebenso beruht mit der tödlichen Absicht, die in gewaltigem Umfang angehäuften amerikanischen Getreidevorräte loszuwerden, wie es heute Hilfsbereitschaft und Selbstinteresse sind. Zur Zeit dürften aber Hoover auch noch andere Beweggründe vorgeschwebt haben: die Angst vor der Radikalisierung der von der Krise heimgesuchten Massen und der Wunsch, daß der Kapitalismus die harte Probe der Krise bestehen soll. Jedoch wird nach bekanntem Spruch über die Motive nicht abgeurteilt. . . und so wird man die Hilfe von Hoover auch dann willkommen heißen, wenn sie in der Absicht der Befestigung des Weltkapitalismus angeboten wurde, da ein Verzicht auf diese Hilfe uns den Sozialismus doch nicht bringt und nur das Elend vergrößert, während ihre Annahme eine Erleichterung, wenn auch nur für den Augenblick, bedeutet. Denn sie ist nur eine *Notmahnung*, dazu bestimmt, den deutschen Finanzen und dem deutschen Kreditwesen eine Atempause zu ihrer Sanierung zu geben.

Noch ist es nicht einmal klar, wie groß diese Erleichterung sein wird. Die Vereinigten Staaten verzichten auf die Eintreibung ihrer Kriegsforderungen an die Verbündeten unter der Bedingung, daß diese die deutschen Reparationsforderungen wie auch die untereinander bestehenden Kriegsforderungen für dieses Jahr stunden. Angenommen, daß Hoovers Plan von allen beteiligten Ländern gutgeheißen wird, so würde das eine Erleichterung bedeuten, die weit darüber hinausgeht, was sich im Falle eines von Deutschland einseitig beschlossenen *Moratoriums* ergeben hätte. Einmal war die Ankündigung eines *Moratoriums* auf Grund des Youngplans nur für den geschätzten Teil der Reparationsleistungen erlaubt, während Hoovers Vorschlag sich auf die ganze Reparationssumme — geschätzt und ungeschätzt — mit Ausnahme der Zinszahlungen auf die Dawes- und Younganleihen erstreckt. Zum anderen hätte das einseitige *Moratorium* durch die Einstellung der Übertragung des geschätzten Reparationsteils an das Ausland zunächst nur die Entlastung des deutschen Gold- und Devisenvorrats bedeutet, jedoch keine Entlastung der notleidenden Staatsfinanzen. Erst 15 Monate nach Ankündigung des *Moratoriums* und auch dann nur für die Hälfte des geschätzten Reparationsteils wäre eine Entlastung auch der Staatsfinanzen in Erscheinung getreten. Der Hoover'sche Zahlungsausschub wirkt dagegen sofort, und zwar in beiden Richtungen, sowohl hinsichtlich der Entlastung des Gold- und Devisenbedarfs wie des Staatsbudgets. Entscheidend ist aber für den Vorzug des Hooverplans

gegenüber einem einseitigen *Moratorium*, daß, während letzteres als Zeichen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands im Ausland gedeutet werden könnte und die wankende deutsche Kreditfähigkeit noch weiter geschwächt hätte, der von den Gläubigern ausgehende Zahlungsausschub, da er von der Absicht der Wiederaufrichtung geleitet wird, die entgegengesetzte Wirkung auslöst, das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit Deutschlands befestigen und auf diese Weise die Kreditversorgung Deutschlands — durch neue lang- und kurzfristige Auslandskredite, durch Einstellung der Kreditkündigungen und der Verkäufe von deutschen Wertpapieren und Rückgang der Fluchtgelder — verbessern könnte.

In der Tat kommt es wesentlich darauf an, daß diese Wirkung der Befestigung des Vertrauens an die deutsche Wirtschaft eintreten wird. Dazu gehört freilich mehr als jene Entlastung der Reichsbank- und der Staatsfinanzen durch den Ausschub der Reparationszahlungen. Auch kann man leider nicht hoffen, daß die Folgen der Erschütterung des Vertrauens, die in den letzten Wochen zum gewaltigen Gold- und Devisenverlust führten, durch den Vorschlag Hoovers ausbleiben werden. Jene fluchtartige Zurückziehung gewaltiger Kapitalsummen zwang die Reichsbank zu einer Einschränkung der Kredite, die nun auf die Kreditversorgung der öffentlichen und der privaten Wirtschaft zunächst schwer rückwirken muß. Kreditkündigungen und in deren Gefolge Zusammenbrüche und Betriebsstilllegungen sind im Augenblick kaum zu vermeiden, es sei denn, daß das Ausland wider Erwarten gleich nach Ankündigung des Hooverplanes mit erheblichen Kapitalangeboten in Deutschland erscheint, oder aber daß Hoover, was im Augenblick noch nicht bekannt ist, außerdem auch noch mit einem Anleiheplan für Deutschland hervortreten wird, der schon vor seiner Verwirklichung Kapitalien nach Deutschland zu ziehen vermöchte. Indessen dauert die Ausführung solcher Pläne längere Zeit, während der wir trotz Hoover auf eine weitere Verschlechterung unserer Wirtschaftslage gefaßt sein müssen. Sie wäre freilich ohne Hoovers Dazwischentreten noch größer.

Bedeutet der Ausschub der Reparationsleistungen somit eine erhebliche Entlastung sowohl für das Staatsbudget wie für die Reichsbank, kann sie weiterhin auch als Auftakt für die spätere unausbleibliche *Revisi* on des *Youngplans* angesehen werden, so wäre es ein schwerer Irrtum, diese in der augenblicklichen Notlage sehr wichtige Entlastung als eine Tat anzusehen, die geeignet wäre, uns über die Not der Wirtschaftskrise hinwegzuhelfen. Davon kann nun keine Rede sein. Der Produktionsausfall eines einzigen Krisenjahres im Vergleich zur Zeit vor Ausbruch der Krise dürfte etwa den fünfzehnfachen Wert der Summe verkörpern, für die wir jetzt einen Ausschub erhalten. Der Ausfall an Lohn- und Gehaltseinkommen und damit die Schrumpfung der Massenkauftkraft beträgt ebenfalls ein Vielfaches der Ersparnisse an Reparationen. Die Krise kostet uns eben Jahr für Jahr das Fünfzehnfache dessen, was jetzt während eines Jahres an Reparationen gespart werden soll. Unter solchen Umständen kann die Bedeutung des Zahlungsausschubs nur in der *Atempause* bestehen, die sie uns gewährt, um, für kurze Zeit von dieser Last befreit, an der Erleichterung der Krise zu arbeiten. Diese Zeit müßte man nützen. Wird sie aber auch genützt?

Dazu wäre eine gründliche *Atempause* der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik erforderlich. Die Kapitalversorgung der Wirtschaft muß verbessert werden, doch nicht auf die törichte Weise, wie die Regierung dies tut, die dem Hausbesitz, der Schwerindustrie und dem Großgrundbesitz Liebesgaben zuschanzt, sondern durch Schaffung der Voraussetzungen für eine (möglichst langfristige) Kapitaleinfuhr, die wir einmal nicht entbehren können, und durch Anurbelung der Produktion, in deren Folge dann vergrößerter Umsätze und verbilligter Produktion auch die

inländische Kapitalbildung steigen kann. Eine solche Erweiterung der Produktion kann jedoch bei der von der Regierung geförderten Einschränkung der Massenkauftkraft nicht erfolgen. Die einzige Möglichkeit einer Produktionsausdehnung bietet im Augenblick neben Arbeitsbeschaffung in der öffentlichen Wirtschaft die Konsummittelindustrie, die aber durch die gegenwärtige Lohn- und Sozialpolitik immer stärker gedrosselt wird. Muß doch bei abgebauten Löhnen und Arbeitslosenunterstützungen die Konsumkraft der Massen ständig zurückgehen. Die Vorbedingungen für die Ausfuhrsteigerung müssen ebenfalls geschaffen werden, was aber nicht durch Lohnabbau und Förderung der Schleißenausfuhr angestrebt werden darf, da diese Mittel das Übel nur verschärfen, sondern durch eine Richtungsänderung der Handelspolitik, die in letzter Zeit im Dienste der Großlandwirtschaft alle Maßstäbe verlor und uns früher oder später in einen schweren Wirtschaftskampf mit der übrigen Welt verwickelt. Endlich muß die Zeit auch genützt werden, um die politische Spannung, die durch die aufreizende Notverordnung ins Unerträglichste gesteigert wurde und für die Kreditpanik zum großen Teil verantwortlich ist, zu erleichtern. Die Ausmerzung der schweren Ungerechtigkeiten der Notverordnung ist auch unter diesem Gesichtspunkt unbedingt erforderlich und darf der Entlastung des Staatsbudgets durch den Hooverplan selbst dann möglich, wenn die Liebesgeschenke der Notverordnung an Hauseigentümer, Großgrundbesitzer und Schwerindustrie nicht rückgängig gemacht werden. Es gibt keine bessere Anlage für die zu ersparende Reparationssumme, als diese, bei gleichzeitiger Sicherung des Gleichgewichts im Staatshaushalt angesichts der drohenden Steigerung des Defizits, zu einer Abkehr von der Sozialreaktion und zur Wiederherstellung der Arbeitslosenunterstützungen zu verwenden und damit sowohl das weitere Absinken der Massenkauftkraft als auch die Steigerung der politischen Spannungen zu verhüten. A. S.

Als nationaler Verräter...

Regierungen und politische Körperschaften können sehr wohl auf die Entwicklung des Lebensstandards einwirken. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika gelten als ein Land der wirtschaftlichen Freiheit. Von allen hochkapitalistischen Staaten dürfte die Lehre der Manchestertheorie am vollkommensten in USA. erhalten sein. Dennoch ist der Einfluß der Regierung auf das Wirtschaftsleben nicht gering. Die „Vossische Zeitung“ vom 19. Juni bringt einen Bericht ihres New-Yorker Berichterstatters. Dieser Artikel ist mit folgenden Worten versehen: Expräsident Coolidge: „Daß der Lohnempfänger in Zeiten der Depression ein bevorzugte Stellung einnimmt, ist anerkanntes Prinzip.“ Es wird dann folgendes ausgeführt:

„Im Winter 1929 hatte Präsident Hoover zweiundzwanzig Wirtschaftsführer zusammenberufen, um ihnen das feierliche Versprechen abzugeben, keine Lohnfeste einzuleiten. Die Regierung steht noch jetzt unverändert auf dem Standpunkt, daß die Beibehaltung der Vorkriegs-Lohnhöhe eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Erholung sei, unbeschadet der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten inzwischen um 15 bis 25 Proz. gesunken sind. Und die großindustriellen Unternehmungen, wie United States Steel, General Electric, General Motors, American Telephone and Telegraph Company, die Eisenbahngesellschaften und die Public Utilities, halten sich an dieses Versprechen gebunden. Lohnfestungen sind tahu; wer sie riskiert, läuft Gefahr, als nationaler Verräter gebrandmarkt zu werden. Noch vor einer Woche geschah es, daß ein Bundesdeputierter das Kriegsministerium aufforderte, der größten Flugzeugfabrik Amerikas die Lieferungsverträge zu entziehen, weil sie die Löhne herabgesetzt hatte. Herr Ford erklärte unumwunden, daß er seiner Firma die Löhne verweigert, Aufträge für die Ford Motor Company erteilen werde.“

In Europa dürfte es weder eine Regierung noch Unternehmer geben, die sich so für die Hochhaltung der Löhne eingesetzt haben.

Frauenarbeit in Sowjetrußland

Die Stellung der Frau in Sowjetrußland ist keineswegs so günstig, wie sie uns immer von Seiten der Opposition propagiert wird. Dies zeigt auch folgender Bericht der „Internationalen Rundschau der Arbeit“, der amtlichen und halbamtlichen russischen Berichten entnommen wurde.

Schon in der Vorkriegszeit wurden in der russischen Industrie zahlreiche Frauen beschäftigt. Die Zahl der Industriearbeiterinnen erhöhte sich in der Nachkriegszeit noch beträchtlich, durch das Eindringen der Frauen auch in die Industriezweige, die ihnen bisher verschlossen waren. So kamen nach den Statistiken der Industrie auf 100 Beschäftigte 33,5 Frauen. Infolge der umfangreichen Beschäftigung von Frauen wurde auch der Ausbau des Arbeiterinnenschutzes besonders notwendig. Die Sowjetregierung erließ deshalb, hauptsächlich in den ersten Jahren ihres Bestehens, zahlreiche Bestimmungen und Verbote hinsichtlich der Beschäftigung von Frauen, um so der Arbeitskraft der Frau den notwendigen Schutz zu gewähren. Bereits im Jahre 1925 war die Sowjetregierung gezwungen, einzelne Schutzgesetze wesentlich einzuschränken. Dies mußte zum Teil sogar auf Grund von Forderungen der russischen Arbeiterinnen geschehen, welche durch die Schutzgesetze gegenüber den männlichen Arbeitern erheblich benachteiligt wurden. So wurde von den Arbeiterinnen vor allem die Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen gefordert. Dieses Verbot hatte nämlich Massenentlassungen von Frauen zur Folge gehabt. Die Arbeiterinnen, die durch anhaltende Arbeitslosigkeit dem Elend ausgekehrt waren, drangen auf Aufhebung des Gesetzes, um die Möglichkeit zu haben, wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert zu werden. Man stellte sich vor, Frauen forderten die Aufhebung eines Gesetzes, das ausschließlich für den Schutz des Körpers der Frau geschaffen wurde. Wie groß muß demnach die Not der russischen Arbeiterinnen gewesen sein, die sogar den Raubbau an Frauenkraft, den die Nachtarbeit besonders mit sich bringt, noch übertraf. Durch eine Verordnung des Volkstommiariats für Arbeit vom 13. April 1925 wurde nun das Verbot der Nachtarbeit für Frauen weitgehend eingeschränkt. Den zustehenden Behörden wurde durch diese Verordnung empfohlen, „die Beschäftigung von Frauen in allen Produktionszweigen zu gestatten, wenn es sich nicht um besonders gesundheits-schädliche Arbeiten handelt, bei denen die Beschäftigung von Frauen im allgemeinen verboten ist“. Das Nachtarbeitsverbot, galt also in der Praxis nur noch für schwangere Frauen und stillende Mütter. Aber auch für diese wurde es noch weitgehend eingeschränkt, und zwar durch eine Entscheidung des Zentralerleutivausschusses und des Rats der Volkstommiare vom 2. Januar 1929. Danach besteht ein Nachtarbeitsverbot für schwangere Frauen nur vom sechsten Monat ihrer Schwangerschaft ab. Für stillende Mütter darf die Nachtarbeit nur für die ersten fünf Monate nach ihrer Niederkunft verboten werden. Man sieht also, daß auch in Sowjetrußland dem Mutterchutz sehr enge Grenzen gesetzt sind.

Wie ist nun der Mutterchutz in Sowjetrußland überhaupt geregelt? Betrachtet man das Mutterchutzgesetz in seinem ursprünglichen Text, so hat man zunächst den Eindruck, daß dieses Problem sehr ideal gelöst wurde. Doch bei einer genaueren Untersuchung muß man allerdings feststellen, daß auch hier im Laufe der Zeit sehr viel zumungunsten der Arbeiterinnen geändert wurde. Nach dem Arbeitsgesetzbuch von 1925 unterstehen alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Frauen der Mutterschaftsversicherung. Das Arbeitsgesetzbuch besagt weiter, daß Frauen, die mit Handarbeit beschäftigt werden, acht Wochen vor und acht Wochen nach ihrer Niederkunft nicht arbeiten dürfen. Für Angestellte oder geistliche Arbeiterinnen besteht dieses Verbot nur sechs Wochen vor und nach ihrer Niederkunft. Einen Lohnausfall haben die Frauen während dieser Zeit nicht, denn durch das Gesetz steht ihnen ein Anspruch auf eine Schwangeren- und Mutterschaftsbeihilfe in Höhe ihres Gesamtverdienstes zu. Dazu kommen noch gelegentliche Sonderleistungen, und zwar erstens ein bestimmter Betrag für die Anschaffung von Gegenständen, die für das Kind gebraucht werden, also eine Art Säuglingsausstattung, in der Höhe des Durchschnittsmonatsverdienstes. Zweitens wird ein Stillgeld für den Zeitraum von neun Monaten gewährt von einem Viertel des durchschnittlichen ortsüblichen Monatsverdienstes. Es wäre also bei diesen günstigen Voraussetzungen nicht weiter verwunderlich gewesen, wenn Rußlands Bevölkerung erheblich gezeitigt wäre. Aber schon im Februar 1925 wurden die im Arbeitsgesetzbuch festgelegten Unterstützungssätze (Schwangeren- und Mutterschaftsbeihilfe, sowie Sonderleistungen) auf die Hälfte gekürzt. Anfang des Jahres 1927 wurden hinsichtlich der Sonderleistungen noch zahlreiche Abänderungen getroffen, zum Nachteil der Arbeiterinnen. Die Sonderleistungen werden nicht mehr wie bisher nach dem Verdienst berechnet, sondern nach festen Sätzen gezahlt.

Auch die vielgepreisene Kinderkrippe Sowjetrußlands lassen noch viel zu wünschen übrig. Zunächst entbrannte ein Streit darum, welcher Fonds die Mittel für die Schaffung, Einrichtung und Erhaltung der Kinderkrippen bereitstellen müßte. Erst im Jahre 1928 bestimmte ein Erlass, daß die Betriebe, die eine große Anzahl von Arbeiterinnen oder überwiegend Arbeiterinnen beschäftigen, eine bestimmte Summe für die Kinderkrippen bereitzustellen haben, desgleichen die Gesundheitsämter und ähnliche Stellen. Trotzdem steht aber die Zahl der verfügbaren Plätze in der Krippe noch immer nicht mit der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen im Einklang. Vom Vertreter des Kommissariats für Gesundheitswesen wurde auf einer Konferenz mitgeteilt, daß die Kinderkrippen nur für 37 Kinder auf je 1000 Arbeiterinnen ausreichen. Der tatsächliche Bedarf wird also lange nicht gedeckt. Ein Vertreter aus Leningrad erklärte sogar, daß die Krippen in Leningrad nur 13 Kinder von 1000 Frauen aufnehmen können. Diese an sich schon knappen Plätze werden in dieser Stadt noch nicht einmal berufstätigen Frauen vorbehalten, sondern häufig auf Grund von Beziehungen solcher Frauen zugewiesen, die nur ihren Haushalt zu versorgen haben. Es scheint also auch in Sowjetrußland Günstlingswirtschaft zu geben.

Auch die Lohn- und Entlassungsfrage scheint in Rußland nicht viel anders geregelt zu sein wie in den kapitalistischen Ländern. Die Berichte geben an, daß bei Massenentlassungen die Zahl der entlassenen Frauen immer sehr hoch ist. Günstiger sind nur die schwangeren Frauen und die alleinlebenden Frauen gestellt, die Kinder unter einem Jahr zu versorgen haben, weil sie nur mit Zustimmung des Arbeitsinspektors entlassen werden können.

Die Lohnfrage wird in Rußland bekanntlich nach dem Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ geregelt. Also auch hier wird der Lohn des Arbeiters nicht nach seinem Bedarf, sondern nach seiner Leistung bemessen. Das vorherrschende Prinzip des Leistungslohnes bringt natürlich auch Unterschiede in der Lohnhöhe mit sich. Am niedrigsten sind jedoch die Löhne der Frauen. Der durchschnittliche Tagesverdienst der Fabrikarbeiterinnen betrug 1924 54,5 Proz., 1925 65,1 Proz., 1926 63,4 Proz., 1927 64,4 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes der Männer.

Dieser Bericht zeigt, daß die Frauenfrage in Sowjetrußland noch lange nicht gelöst ist. Die Sowjetregierung hat also in diesem Punkt selbst noch sehr viele Aufgaben zu erfüllen, ehe sie uns als nachstehendes Beispiel gelten kann. Kose Adam.

Einkauf leicht gemacht! Die Hausfrau muß mithelfen

Wer heute eine Dose Stiebelwische so vorteilhaft wie möglich einkaufen will, steht vor einer unlöslichen Aufgabe. Tausende von Marken befinden sich im Umlauf, und so verschieden wie ihre Namen, ist ihre Güte, sind ihre Verpackungen, Mengen und Preise. Selbst dem erfahrensten Fachmann — wieviel weniger der Hausfrau — ist es unmöglich, hier die richtige Entscheidung zu treffen und seinen größten Vorteil zu erpählen. Das gilt sinngemäß für alle Waren, mag es sich nun um Nahrungsmittel, Haus- und Küchengeräte oder Bekleidungsstücke handeln. Bei dem Bestreben, so vorteilhaft wie möglich einzukaufen, ist man nur noch auf Vermutungen angewiesen und in 99 von hundert Fällen kommt nach erfolgtem Einkauf die Einsicht, daß man sich beim Einkauf einer anderen Sorte, Menge, Marke oder Warengattung ungleich besser gestanden hätte. Ärger, geldlicher Schaden und Erschwerung des Einkaufs sind die unangenehmen Folgen, die mit diesem tolen Durch-einander auf dem Warenmarkt verbunden sind.

Um wieviel leichter und vorteilhafter könnten die Hausfrauen einkaufen, wenn das Bild des Warenmarktes einfacher und übersichtlicher gestaltet würde, wenn für die Preiswürdigkeit der einzelnen Waren leicht erkennbare, einheitliche Maßstäbe herausgearbeitet würden. Also wenn man dort, wo es möglich ist, die Zahl der Sorten auf das notwendige Maß beschränken würde, wie es z. B. in unserem Gewerbe bereits durch die Einführung der Din-Formate geschehen ist. Dadurch würde den Hausfrauen nicht nur mit einem Schlage die Wahl ganz erheblich erleichtert, sondern auch die Möglichkeiten, vorteilhaft einzukaufen, würden ganz wesentlich vermehrt, weil unter fünf Warensorten die preiswürdigste sicherer zu erkennen ist als unter zwanzig. Sondern wäre es unbedingt erforderlich, alle Waren in bestimmte Wertklassen einzuteilen, das heißt die Waren ihrer Qualität nach als 1., 2., 3. usw. Qualität zu bezeichnen. Praktisch würde sich das etwa so auswirken. Ich kaufe ein Päckchen Kakao. Alle Päckchen tragen den Aufdruck des Preises und des genauen Reingewichts und außerdem die Bezeichnung ihrer Qualität. Bin ich ein Feinschmecker und habe ich genügend Geld, wähle ich natürlich die 1. Qualität, andernfalls entscheide ich mich für die Qualität, die meinem Geschmack und Geldbeutel besser entspricht. Während ich aber heute r a t e n muß, ob ich mich beim Einkauf dieser oder jener Sorte besser stehe, kann ich nach erfolgter Wertklasseneinteilung mit Sicherheit wählen.

Es liegt klar zutage, daß man die Beschränkung der Sorten und die Wertklasseneinteilung nicht den interessierten Herstellern überlassen kann, denn sonst würde am gegenwärtigen, unzulänglichen Zustand gar nichts geändert. Diese Aufgaben können nur von einer unparteiischen, unabhängigen Zentralstelle gelöst werden. Eine solche Zentralstelle besteht bereits in der Form des Reichsstrukturamtes für Wirtschaftlichkeit. Dieses Institut hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Warenmarkt übersichtlicher zu gestalten durch Aufstellung einheitlicher Normen für die Herstellung der Gegenstände des täglichen Bedarfs und durch die Herausarbeitung einheitlicher Lieferbedingungen. In enger Zusammenarbeit mit den interessierten Herstellern, Handels- und Verbraucherkreisen sollen die Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, die zum Ziele führen. Und dieses Ziel deckt sich im Prinzip mit den Wünschen, denen im vorstehenden Ausdruck gegeben wurde. Zeit und Geld verschwendendes Herumprobieren und Suchen soll den Hausfrauen erspart werden. Es sollen Lieferbedingungen (insbesondere Bezeichnungsvorschriften) geschaffen werden, bei deren Einhaltung der Bezug einwandfreier

Qualitäten wie überhaupt vorteilhafte Einkäufe gesichert sind. Die Garantie hierfür übernehmen die Unterzeichner der Vereinbarungen — es sind dies die großen Hersteller- und Händlerverbände usw. Es darf angenommen werden, daß diese Garantien zuverlässig sind, weil ja gerade die leistungsfähigsten Hersteller und Händler nur für solche Vereinbarungen zu haben sein werden, also solche, die die Qualität und Preiswürdigkeit ihrer Waren mit dem besten Gewissen einer neutralen Prüfung unterwerfen können.

Bei dieser Arbeit mitzuwirken sind die Hausfrauen, als die „Kassenverwalterinnen der Nation“, in hohem Maße berufen. Ihre Erfahrungen, ihre Erfolge und Mißerfolge beim Einkauf müssen unbedingt bei der Ausarbeitung der Normen und einheitlichen Liefervorschriften verwertet werden. Aus diesem Grunde ist das Reichsstrukturamt für Wirtschaftlichkeit für jede Mitteilung oder Anregung seitens einzelner Hausfrauen sehr empfänglich. Sondern bleibt aber der zweite, zum mindesten ebenso schwierige und sicherlich noch umfangreichere Teil der Aufgabe, die den Hausfrauen gestellt ist, zu lösen. Sie müssen sich dafür einsetzen, daß die geschaffenen Normen und Lieferbedingungen möglichst reiflos in die Praxis überführt werden. Die Hausfrau darf dabei nicht immer erwarten, daß ihr Lieferant von sich aus genormte Waren nach einheitlichen Lieferbedingungen anbietet. Sie soll vielmehr aus der vielfach noch anzutreffenden, überflüssigen Reserve herausgehen und sich genormte Waren aus den Ladentischen legen lassen und einkaufen. Dabei darf sie sich natürlich nicht sofort entmutigen lassen, wenn hier und dort der Lieferant erklärt, er habe zur Zeit keine genormten Waren oder gar, er habe von der Normung überhaupt noch nichts gehört. Solche Fälle werden zunächst zweifellos sogar noch ziemlich oft vorkommen. Diese Tatsache darf aber die Hausfrau nicht veranlassen, sich ihrer hohen, volkswirtschaftlichen Aufgabe zu entziehen. Entzieht sie sich dieser Aufgabe, so entsteht die Gefahr, daß die ganze mißfällige, aber erfolgversprechende Arbeit zur Ausschaltung der Anwirtschaftlichkeit im Haushalt vergebens gewesen ist, und das würde in erster Linie unsere Hausfrauen dazu verurteilen, weiterhin im tolen Durcheinander des Warenmarktes hilflos umherzuirren. Und vergessen wir nicht, daß die „Nationalisierung des Einkaufs“ nicht nur eine Frage der Bequemlichkeit, sondern in ganz hervorragendem Maße auch eine Frage des Geldbeutels ist. Das sollte gerade für unsere Kolleginnen und die Frauen unserer Kollegen, die ja ohnedies mit jedem Pfennig sorgsam rechnen müssen, ein erster Ansporn sein, die gekennzeichneten Bestrebungen nach besten Kräften zu unterstützen und ihnen jederzeit Beachtung zu schenken.

Wo fehlen die Frauen noch?

Die organisatorische Erfassung der Frauen ist in den verschiedenen Bezirken verschieden. Interessant ist eine Statistik über den Anteil, den die Frauen in den verschiedenen Gebieten in den Gewerkschaftsverbänden stellen. Eine Statistik über die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei zeigt, daß große Unterschiede in der organisatorischen Erfassung vorhanden sind. Es gibt Bezirke, in denen die Zahl der organisierten Frauen zweimal so groß ist wie in anderen. Bei der gewerkschaftlichen Frauenarbeit hängt natürlich viel von der Verteilung der Industrie über das Land ab. Aber Vergleiche sind möglich, und sie können äußerst anregend für die Werberarbeit sein. Entspricht in eurem Bezirke die Zahl der organisierten Frauen dem Anteil, den die Frau dort im Arbeitsleben stellt?

* Aufklärungsmaterial erhält jede Hausfrau durch den Reichsausschuß für Lieferbedingungen, Berlin NW 6, Lützenstraße 58/59, II.

Das Paradies

1. „Na, Grete, was suchte du“, fragte Hans seine junge Frau, als er ihr an einem Sonntagmorgen die Tür zu ihrem neu erworbenen Grundstück aufschloß. „Was suchte du? Und 'n Brunnen ist auch da! Und die Laube, ist die nicht hübsch?“ Grete kam aus dem Staunen gar nicht heraus. Hans war doch wirklich ein Deubelsteifer! Da gönnte er sich jetzt Jahren nicht das geringste, und nun sah sie, weshalb er mit dem Geld immer so knauserete. „Sieh mal, Grete, jetzt haben wir doch die Sonntage endlich für uns. Die Verwandtschaft weiß von der Sache nichts und soll auch nichts davon erfahren. Außerdem ist das Grundstück so abgelegen, daß wohl kaum ein Mensch sich nach hier verirrt. Und du sieh dir mal alles an. Hier, nicht wahr, pflanzen wir Johannis- und Stachelbeersträucher hin, und hier kommen einige Obstbäume her, und an dieser Seite sollen Erdbeeren stehen. Und den Zaun soll wider Wein umranken. Für die Laube aber, Grete, spendieren wir uns eine Rebe echten Wein!“

2. ... und sie pflanzten Obstbäume und viele Sträucher mit schmackhaften Früchten und hielten und spritzten mit großem Fleiß. Und es gedieh alles auf das vortrefflichste. Und sie hatten ihre Freude an allem und sahen, daß es gut war...

3. Hans und Grete waren noch jung, und wie alle jungen Leute glaubten auch sie, daß man vor seinen Verwandten etwas verbergen könne. Es kam aber auch für sie der Tag, an dem sie eines Besseren belehrt wurden. Es war ein herrlicher Juni-Sonntag, als sie sich auf ihrem Grundstück nach dem Mittagessen ins Gras gelegt hatten. Die Grillen zirpten, zarte Falter flügelten über Sträucher und Büsche, der Himmel zeigte sein tiefstes Blau und ein leichter Wind befächelte angenehm die Glieder. Sie waren nun glücklich, wie wir es alle nur in diesem Alter sein können...

„Da... was war das? Da rief — still mal, Grete —, da rief, da — ruft doch jemand! Was das nicht —, aber das ist doch Tante Lina's Stimme! Hör mal — hörst du, Grete...“ „Haaa—looo! Grrrr—tee! Haaa—looo! Haaa—ans!“ „Also, was ist denn das bloß möglich? Was soll man denn jetzt... Also sag mal, Grete, ist das nicht, um junge Hunde zu kriegen...“ „Na, du sei man nicht so, na, du laß sie man schon herein“, lenkte Grete ein. „Ach du, mit deinem Hereinlassen! Reinlassen! Reinlassen! Reinlassen! Grete hereinlassen kann jeder, aber herauskriegen, Grete, das ist die Kunst! Wie kriegen wir Tante Lina wieder heraus, nachdem wir sie hereingelassen haben?“

Vor der Gartentür stand Tante Lina mit dunkelrotem Gesicht und schwenkte ihre grauen Sonnenbrille. „Zuhuuu! Haaa—ans! Zuhuuu! Grrrr—tee! Macht doch mal auauf!“ „Augenbild! Schlüssel hol'n! Augenbild, komm' ja gleich!“ rief Hans und machte sich daran, Tante Lina die Tür zu öffnen. Sie kommt allein, dachte er, schon halb verjüngt, da legte Tante Lina los: „Nein, ich hab' hübsch! Nein, ich hab' die Laube reizend! Nein, was ist das hier bloß für eine wunderbare Luft! Nein, was hat die dir bloß für wunderbare Erdbeeren! So eine Pracht! Die bei did! Gottogott! Wird sich Onkel Robert freuen, wo er doch Erdbeeren so gerne isst! Er muß gleich kommen. Ich bin man bloß vorgefahren. Tante Emmi kommt auch mit den drei himmlischen Kleinen. Nein, was ist die Kleinen himmlisch! Und Onkel Paul will auch kommen. Und Schneiders von nebenan und die Kusine von ihm mit ihrem Verlobten. Es sind wirklich bessere Leute!“

4. Sie kamen alle. So gegen vier Uhr. Onkel Robert, der so gerne Erdbeeren aß, und Tante Emmi mit den drei himmlischen Kleinen, die auch gern Erdbeeren aßen und mit himmlischer Ausdauer Blumen austriessen und Beete zerpflanzten. „Schneiders von nebenan“ kamen mit ihrem Dadel, der zwischen den Erdbeeren riesige Pöcher grub, um Wäule zu jagen. Auch die Kusine von ihm traf mit ihrem Verlobten ein. Zuletzt kam Onkel Paul und machte den ersten Krach: „Also, was hab' denn da mit die Erdbeeren gemacht! Die schtehn ja volle zu weit ausnanda. Det is doch Klawschwändung. Det is doch nich rentabel. Un wat hat denn der Wein an die Laube zu bedeuten? Wie kann man denn echten Wein flanz'n! Der reißt hier nich aus. Dazu is die Feind nich anjetan. Un aufadem sibba volle Laue! Warum traachta 'n mir nich vorher? Warum machta 'n imma alleet alleene?“

Tante Emmi half beim Herrichten des Kaffeetisches. Das Geschirr war nicht nach ihrem Geschmack. „Ich meine, so ohne jedes Dekor, das ist doch auch nicht das Richtige. Etwas Blumiges muß doch an der Kaffeetafel sein. Ich meine, weil das doch den Eindruck des Festlichen verleiht.“ „Nein“, fiel ihr Tante Lina ins Wort, „nein, das muß ich ja sagen: Zu meinet Zeit war das denn doch anders! Zu meiner Zeit gab's solch ein Geschirr nicht. Nein, nein, die heutigen jungen Ehen sind ohne Poesie! Das sieht man schon an Kaffeegeschirr.“ „Was du bloß immer mit deiner Poesie hast“, warf ihr Mann, Onkel Robert, ein, „Hauptache ist, daß der Kaffee stark ist. Und um starken Kaffee zu haben, braucht man Bohnen und keine Poesie. Grete, du brauchst nicht zu grinsen, wenn ich was zu Tante Lina sage!“ „Was ich jaaa—gen wollte“, Tante Emmi sollte weit aus, „was sind denn das für Leute da nebenan. Ich meine, Vater und Tochter kann das doch nicht sein, dazu ist sie doch viel zu alt. Und Ringe tragen sie auch nicht. Ich meine, was soll man sich denn da denken?“ „Nicht“, antwortete Grete kurz. „Wie bitte?“ Tante Emmi war empört. „Du scheinst ja eine eigenartige Auffassung von diesen Dingen zu haben. Da sind wir ja herrlich weit in Deutschland gekommen. Ich meine, ist da die Meinung der heutigen jungen Generation? Heute macht jeder was er will, und die Menschen leben zusammen wie... na, ich meine... Hans, ich meine, weißt du denn nicht, was da da nebenan miteinander vorhaben?“ Hans sah sich um: die Kinder waren außer Hörweite. Er zückte die Augen auf, daß man das Weiße sah: „Z u h t b a r e Sachen machen die da nebenan! Am Tage treiben sie Un-

zucht und nachts schlachten sie kleine Kinder. Was meinst du, Tante Emmi, wie die in dem großen Wuschtfessel brüll'n. Und dann kommen Gäste, ganz verumtelt. Und wenn sie die Kinder gefressen haben, dann unternimmt die ganze Gesellschaft einen Umzug durch den Garten — splitterfasernacht! Tante Emmi. Also da's sind Orgien. Und wenn sie auch schon eingeladen. Wir machen am nächsten Sonnabend mit!“

„Du brauchst Tante Emmi nicht aufzuwecken, du Schatz“, erbot sich Onkel Robert. „Sag uns lieber, ob ihr das Grundstück schon besahst.“

„Na, da sprachte noch?“ antwortete Onkel Paul an Hansens Stelle. „Bei der Zeit, was Hans vadiert! Un nicht zu vordern, kein Kind, kein Rats! Det is überhaupt 'ne schreiende Ungerechtigkeit in diesem Staat. So 'n junga Mensch von 28 Jahre der vadiert soviel wie 'n Familienpata mit sechs Kinda. Da je 'n mehten man die Parteien flammenden Protest abeben!“

„Gott, nein, man weiß ja nicht, ob Grete nicht auch bald...“, verurteilte Tante Lina einzuhalten. „Ich meine, du hast eine Ahnung, Tante Lina“, fiel Tante Emmi ihr ins Wort, „die jungen Frauen heute, die wissen Bescheid! Ich meine, wie man's macht und wie man's nicht macht.“

Grete schwieg. Sie hatte eine Morbruh im Leib. Wie hatte doch Hans gesagt? „Reinlassen, rauslassen“, ja, ja...! Sie stand am Spiritusofen und sorgte für Wasser, damit das Kaffeegeschirr abgewaschen werden konnte. Raum, daß sie damit fertig war, wollte Onkel Paul Abendbrot essen. „Die Luft sieht ja so 'n Appetit.“ Ein ununterbrochenes Wirbelfaßen.

Hans war im Garten. Er brachte die Beete in Ordnung, die die „himmlischen Kleinen“ zertampelt hatten. „Er“ lag im Gras und schnarrte und „Sie“ hästelte eine Kaffeetischdecke, wobei sie „Wadwesu—hu—hu! Wadwesu—hu—hu!“ vor sich hinsang. Es war zwar immer nur die erste Strophe zu hören — die anderen hatte sie vergessen —, aber da sie leise sang, so störte auch das nicht weiter.

Am wenigsten war von der Kusine und ihrem Verlobten zu merken. Sie taten das, was Verlobte immer tun: sie gantzen sich. Ohne viel Worte. Mit grünlünen Blüten standen die „wirklich besten Leute“ in einer Jauneede und ekelten sich an. Einmal rangen sie miteinander. Wortlos, mit hochroten Köpfen...

5. Als man dann gegen 9 Uhr zur Heimfahrt aufbrach, freute sich der Besuch auf sein Zubause. „Bett bleibt Bett“, erklärte Tante Emmi, „und nichts ist so schön, wie einige stille Stunden im eigenen Heim.“ Hierin gaben ihr Hans und Grete recht und am nächsten Sonntag verließen sie ihr Grundstück gleich nach dem Mittagessen und spazierten in den nahen Wald. In einem Gartenlocht lochten sie nach altem Brauch und neuen Preisen Kaffee und waren puppenlustig.

Als sie am frühen Abend nach ihrem Grundstück zurückkehrten, lag auf der Erde, hinter der Tür ein Zettel, auf dem mit ungelierter Hand folgendes geschrieben war: „Eine Anrede seid ihr nicht wert. Ich habe mir euch kenn gelernt, also so seid ihr. Drei Stunden warten wir auf euch, jawohl, wir haben ja Hans Hut gelohnt, der legt auf dem Tisch, jawohl, daß, ihr, spielet. Also seid ihr gegangen, weil ihr uns nicht lehn wollt, aber uns ist es recht, jawohl. Aber uns ist es recht, jawohl, aber es können andere Zeiten, und denn braucht ihr die Bewanten. Denn find wir aber nicht da und machen es so wie ihr, jawohl.“

Das war Onkel Pauls Schrift. Und darunter stand von Tante Lina's zarter Hand: „Wie konntet ihr nur? Grete, komm man nächste Woche zu mir, damit ich alles wieder einrenke. Euer Grundstück ist sehr schön. Onkel Paul weiß nicht, was ich hier schreibe. Er ist mit Onkel Robert vor mir von hier fortgegangen, da habe ich mir den Zettel mit dem Schirm zurückgeholt, weil ich nur einen Bleistift und kein Papier...“

Die letzte Zeile war unleserlich. Seit diesem Sonntag leben Hans und Grete in herrlichem Frieden. Hans holt nach dem Kaffee seine Laute hervor und singt neben anderen Liebern auch dieses, dessen Text und Melodie er in einer vergnügten Stunde erkannte:

Woju hat man die Verwandten und manch' ungebeten' Gast? Woju hat man die Bekannten, denen immer was nicht paßt?

Warum quält man sich mit ihnen, warum läßt man die herein, die bemerdern und begrienen? Warum sagt man nicht mal: „Nein!“

Nein, wir leben un ser Leben, hanbeln, wie es uns gefallt; geht es manchmal auch daneben, schab' nicht! Kost' ja un ser Geld!

Erich Fardmin.

Die „Gazette“

Dreihundert Jahre moderne Zeitung. Bekanntlich ist es der französische Arzt Theophrast Renaudot (1688—1853), der die erste Zeitung im heutigen Sinne schuf. Renaudot lebte seit dem Jahre 1612 in Paris als Arzt und Sekretär Ludwig XIII. Er war gleichzeitig einer der Geschäftsmacher des Königs und stand zu Richelieu und Mazarin im vertrauten Verhältnis. Die „Gazette“ entstand aus einem Unternehmen, das sich „Bureau d'adresses“ nannte. In diesem „Bureau“ konnte man erfahren, wo es Wohnungen zu mieten, Kleidungsstücke und verschiedene Gebrauchsgegenstände zu kaufen gab. Auch fanden wohlthätige Leute hier die Adressen von Unterstützungsberechtigten. Das „Bureau d'adresses“ wurde im Laufe der Zeit so in Anspruch genommen, daß der erfindungsreiche französische Arzt auf den Gedanken kam, die Angebote mit den Anfragen und Auskünften gleichzeitig zu drucken. Daraus ergaben sich im Jahre 1630 die „Feuilles d'adresses“, regelmäßig erscheinende Adressenblätter. Wie wir sehen, die erste Inzeratzeitung.

Aus ihr schuf er ein Jahr später, 1631, gestützt auf einen königlichen Privileg, das erste Nachrichtenblatt, die „Gazette“. Die Zeitung erschien wöchentlich einmal wöchentlich, am Sonnabend, ihr Umfang war vier Quartseiten und sie kostete einen „Paris“ (ungefähr 6 Centimes). Wie wir wissen, ist der Name „Gazette“ italienischen Ursprungs. Die venezianische Münze, die man für den besonderen Zweck geprägt hatte, um mit ihr ein Nachrichtenblatt bezahlen zu können, hieß „Gazetta“. Später wurde aus dem Namen dieser Münze ein Gattungswort, mit dem man die Nachrichtenblätter im allgemeinen bezeichnete. Die „Gazette“ brachte kurze Nachrichten, hauptsächlich aus dem Auslande, und war im heutigen Sinne ziemlich langweilig. Sie hatte mandmal auch Beilagen, wie zum Beispiel die „Nouvelles Extraordinaires“. Die Renaudot'sche „Gazette“ blieb bis 1778 ein Wochenblatt. Von welchem Tage an sie unter dem Namen „Gazette de France“ als offizielles Regierungsblatt täglich erschien.

Natürlich folgten der Gründung des Arztes Renaudot weitere Zeitungen. Die erste französische Tageszeitung, das „Journal de Paris“ wurde 1777 gegründet. Dagegen erschien die erste deutsche Tageszeitung, die „Leipziger Zeitung“, bereits im Jahre 1660. Auch in England gab es schon früher Tageszeitungen, so den „Daily Courant“, der 1702 als erster täglich erschien. Zu den ältesten deutschen Blättern zählen bekanntlich die „Magdeburgerische Zeitung“ (1646), die „Welfische Zeitung“ (1704), die „Königliche Zeitung“ (1802). Die berühmte „Times“ erschien zum erstenmal in London am Neujahrstag des Jahres 1788. Diese erste Nummer enthält Nachrichten aus Paris und Rotterdam, die bloß sechs Tage alt sind, dagegen brachten die aus Frankfurt vierzehn Tage und aus Würzburg gar einen Monat, bis sie zur Londoner Redaktion gelangten. Natürlich versuchte man bald, die Nachrichtenübermittlung zu organisieren. Bereits Renaudot hatte die Idee, seiner Zeitung eine Art Nachrichtenmonopol zu sichern. Seine „Conferences du Bureau d'adresses“ war eine Nachrichtenbörse, auf der man gegenseitig erzählte, was man mußte. Doch erst die große Revolution in Frankreich brachte dem Zeitungswesen den ersehnten Aufschwung.

Wenn wir also in diesem Jahre die Feier der dreihundertjährigen Wiederkehr der ersten Zeitungsgründung begehen, so meinen wir natürlich ein Nachrichtenblatt im heutigen Sinne. Denn „Zeitungen“ gab es schon lange Zeit vor der Renaudot'schen „Gazette“. Ob wir die „Acta diurna“ aus Julius Cäsars Zeiten, die Antinübungsblätter der Weisen-schreiber, die „Fogli avvisi“ oder irgendeine andere Briefzeitung des Altertums, beziehungsweise Mittelalters meinen. Die „Acta diurna“ enthielt in Rom die täglichen Bekanntmachungen und Nachrichten und wurde auf Pergament gemalt oder auf Ziegelsteinen vermerkt. Es fanden sich Leute, die die Nachrichten abschrieben und weiterverkauften. Jedenfalls berichtet von einer römischen Dame, die ihren Nachmittag mit der Lektüre dieser „Zeitung“ verbrachte. Die „Fogli avvisi“ waren wie bereits gesagt, Briefzeitungen der Weisen-schreiber. Die Sitte, solche zu schreiben, kam aus Beneidig. Sie verbreitete sich über die Alpen nach Süddeutschland, nach Augsburg, Nürnberg und Straßburg und dann weiter nach Köln und Frankfurt a. M. Doch das alles waren keine richtigen Zeitungen. Dazu fehlte es allen an Regelmäßigkeit.

Um den Ruhm, die erste wirklich e Zeitung in ihren Mauern geboren zu haben, trachten sich verschiedene Städte. London, Straßburg, Frankfurt reklamieren unter anderm diese Ehrentitel für sich. In Straßburg erschien bekanntlich 1600 die „Relation Aller Fürnemmen und gedentwürdigden Historien etc.“, von Johann Carolus verlegt. Aber auch sie war keine Zeitung. Ebenenmäßig die von den Fuggers in Augsburg hergestellte „Fuggereitzeitung“. Beide bloß lose Blätter, man nannte sie „Copia“, „Copeyen“, „Zeytungen“. Auch der Versuch der französischen Stadt Tropes, den Ruhm der ersten Zeitungsgründung für sich zu beanspruchen, ist nicht ernst zu nehmen. Es ist heute erwiesen: Die erste Zeitung im vollen Sinne dieses Wortes hat Theophrast Renaudot vor dreihundert Jahren in Paris gegründet.

Merke!

Aus Sowjetrußland

Die Staatliche Verlagsanstalt in Moskau, deren Produktion im Jahre 1930 gegen das Vorjahr bereits sich verdoppelt hatte, hat beschlossen, eine weitere Steigerung ihrer Verlagsstätigkeit dadurch herbeizuführen, daß sie Werke aus allen Literaturgebieten in ungeheuren Auflagen zum Preise von 50 Kopeken (etwa 1 M.) herausbringt.

Das älteste Geschäftsbuch Deutschlands gefunden In Nürnberg wurde kürzlich ein aus dem Jahre 1304 stammendes Handgeheftbuch einer Nürnberger Patrizierfamilie, die Tuchhandel betrieb, aufgefunden. Das in lateinischer Sprache abgefaßte und auf 100 Seiten 2200 Eintragungen enthaltende Buch ist mit seinem Alter von 627 Jahren das drittälteste Geschäftsbuch in Europa.

Wieviel Juden leben auf der Erde?

In einem neuen Werke des Jerusalemser Universitätsprofessors Dr. Artur Ruppin werden folgende Zahlen angegeben:

Auf der ganzen Erde leben heute 16 903 000 Juden. Zwei Drittel von diesen rund 16 Millionen verteilen sich auf die Bereinigten Staaten von Nordamerika, auf Polen und Sowjetrußland, und zwar entfällt auf die Bereinigten Staaten der weitaus größte Teil in Höhe von 4 380 000, während sich Polen mit 3 000 000 und Rußland mit 2 815 000 Juden nahezu gleichmäßig. Das übrige Drittel lebt in der ganzen Welt zerstreut. In Palästina leben 170 000 Juden.

Das schönste Buch des Jahres

Von den Preisrichtern der Deutschen Buchkunststiftung wurden auch in diesem Jahr wieder zum „Tag des Buches“ die 50 schönsten Bücher des Jahres 1930 ausgewählt. Als das schönste Buch des Jahres wurde einstimmig Rainer Maria Rilke, „Gesammelte Gedichte“, Band I (Zweifel-Verlag), bezeichnet.

1930 gab es in Deutschland 10 000 Konturke; das sind 17,2 Proz. mehr als 1929. Am schwersten wurde der Einzelhandel mit 4144 Konturken betroffen und am wenigsten die Landwirtschaft mit 244.

Aus den Zahlstellen

Vangensjaka. Am 19. Juni fand im hiesigen „Volkshaus“ eine gemeinsame Versammlung der graphischen Arbeitererschaft statt. Recht zahlreich waren die Mitglieder dem Ruf der Gauleiter gefolgt, um Stellung zu nehmen zu dem Tagesfragen der Gegenwart. Gauleiter Wachner vom Buchbinderverband hatte das Referat übernommen. Er gab in großen Zügen ein Bild von den heutigen Zuständen in Staat und Wirtschaft. Das Unternehmertum verfuhr mit Härtnachkeit, die angeblich viel zu hohen Löhne als die wahren Ursachen des Niederganges zu bezeichnen. Auch behauptete sie, der Marxismus sei an allem schuld. In dieser Theorie stützen die bürgerlichen Parteien das Unternehmertum sehr fröhlich. Die Folge davon war der Lohnabbau bei allen Berufen vom Herbst 1930 bis zum Frühjahr 1931. Ein entsprechender Preisabbau sei dagegen bis heute nicht erfolgt, im Gegenteil, einzelne Preise sind weiter gestiegen. Die Gewerkschaften führen einen händigen Kampf gegen die reaktionären Bestrebungen des Unternehmertums. Auch die graphischen Verbände befinden sich im händigen Abwehrkampf. Dieser Kampf müsse noch schärfer organisiert, loszujagen von unten heraus mit vorbereitet und aus schärfer geführt werden. Bereit sein für die kommenden Dinge und Kämpfe, laute heute die Parole! Die Ausführungen, die noch vom Buchbinder-Gauleiter Wachner zu ergänzen wurden, fanden einen mäßigen Beifall. Nach kurzer Aussprache fand folgende Entschließung einstimmige Annahme: „Eine gemeinsame Versammlung der Buchdrucker, Buchbinder und Hilfsarbeiter Vangensjaka am 19. Juni nahm Stellung zu dem von der Regierung und den Unternehmern geplanten weiteren Lohnabbau. Alle Verammelten protestieren aus scharfer gegen jede weitere Senkung des Lohnes und den Abbau der Sozialgesetzgebung. Die letzte Notverordnung, die ganz besonders die ärmste Bevölkerung drückt, wird abgelehnt und ihre baldige Aufhebung gefordert. Die Einführung der 40-Stunden-Woche wird von allen verammelten Arbeitern und Arbeiterinnen aus energischste gefordert, selbstverständlich mit Einstellungswang und mit entsprechendem Lohnausgleich. Sollte diesen Forderungen nicht entsprochen werden, so wird die Vangensjaker graphische Arbeitererschaft auch vor dem letzten Mittel, der Arbeitsunterbrechung, nicht zurückschrecken.“

Mühlhausen (Thür.). Eine gut besuchte Versammlung der graphischen Arbeitererschaft fand am 18. Juni im „Volkshaus“ statt. „Schluß mit dem Lohnabbau — her mit der Arbeitsunterbrechung“, so lautete das Thema, über welches Gauleiter Wachner vom Buchbinderverband sprach. Ausgehend von den Ursachen der Weltwirtschaftskrise und deren Wirkungen für die Arbeitererschaft, schilderte er an Hand von drastischen Beispielen, daß das deutsche Unternehmertum drauf und dran ist, eine neue Lohnabwale in Szene zu setzen und außerdem verjude, die Auflockerung des Tarifvertragswesens zu erreichen, um die Gewerkschaften bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschalten. Diesem Beginnen müsse die geschlossene Abwehrfront der Arbeitererschaft entgegengetreten werden. Schärfter Kampf habe auch einzusetzen gegen die neue Notverordnung und für die Erreichung der 40-Stunden-Woche. Die graphischen Verbände seien in erster Linie dank ihrer Organisationsstärke dazu berufen. „Sorgen Sie für restlose Aufklärung aller Laien und Stärkung der Stoßkraft der Verbände durch Werbung neuer Mitglieder, denn nur durch eine geschlossene Einheitsfront können wir zum Ziel!“ so schloß der Vortragende seine Ausführungen. Der Beifall, der dem Referenten gollt wurde, wie auch die Ausführungen der einzelnen Distriktsredner zeigten, daß der Kampfeifer in der graphischen Arbeitererschaft im Steigen begriffen ist. Nachschließen, aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 18. Juni 1931 in Mühlhausen stattfindende graphische Versammlung nahm Stellung zu dem von der Regierung und Unternehmertum weiterhin geplanten Lohnabbau. Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe gegen jede weitere Senkung des Reallohnes und die Vorkörung der Tarif- und Sozialgesetzgebung. In einer weiteren Senkung der Massenlöhne stehen die Anwesenden eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die Notverordnung vom 5. Juni wird abgelehnt und ihre Aufhebung ganz energisch gefordert. Das Unternehmertum und die Regierung Brüning seien in letzter Stunde gewarnt, den Bogen zu überspannen. Die graphische Arbeitererschaft Mühlhausens fordert mit allem Nachdruck die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche mit Einstellungswang und tragbarem Lohnausgleich. Einig und geschlossen wird sie jedem weiteren Lohnabbau entgegenzutreten und auch vor dem letzten Mittel, der Arbeitsunterbrechung, nicht zurückschrecken.“

Rundschau

Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten. Diese am 1. August 1930 gegründete Gesellschaft hat zur Aufgabe, öffentliche Arbeiten zu fördern. Bei der Gründung wurde der Gesellschaft ein Darlehen von rund 387 Millionen Mark vom Reich übergeben. In der abgelaufenen Geschäftsjahre, die 8 Monate umfaßt, waren Darlehensnehmer zu 31 Proz. Gemeinden, 20 Proz. Gemeindeverbände, 43 Proz. gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen, Zweckverbände usw. und 6 Proz. Reich und Länder. Die geforderten Maßnahmen bewegten sich auf dem Gebiet der Meliorationen, Flußregulierungen, Kasernen, Verkehrsunternehmungen und des Straßenbaus. An größeren Arbeiten im verflochtenen Zeitabschnitt werden genannt: Bau der Oberaltaufse, Bau eines Speichertastwerkes, Bau der Main-Stantuffe bei Erlangen, Redardbrücke bei Heilbronn, Ausbau des Mittel-Landkanals, Bau einer Wasserversorgung in Mittelfranken, Elektrifizierung der Strecke Augsburg-Ulm-Stuttgart, Ausbau von Ferngasleitungen, Meliorationen, Hochwasser-schutzmaßnahmen, Flußregulierungen und eine Reihe Straßenbauprojekte. Es wurde Arbeit beschafft für 100 000 Arbeitslose auf eine Zeitdauer von 100 Tagen. Die erste Geschäftsjahre der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten zeigt, daß man auch nützbringende und werbende Anlagen fördern kann und dadurch die Arbeitslosigkeit mildert.

Erfolge des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaus. Der gemeinwirtschaftliche Wohnungsbau hat in Deutschland einen großen Umfang angenommen. Am erfolgreichsten in ihren Arbeiten dürfte die gewerkschaftlich-gemeinwirtschaftliche Wohnungsbau-Gesellschaft „G. H. A.“ (Gemeinnützige Heimstätten Spar- und Bau-V.G.) sein. Sie kann für das Jahr

1930 über ein Referatergebnis berichten. Rund 4000 Gehag-Wohnungen sind in diesem Jahr fertiggestellt oder waren im Bau. Darunter die Wohnstadt Karl Legien mit 1145 Wohnungen und der Alfabof, Treptow, mit 862 Wohnungen. In den 6 1/2 Jahren ihres Bestehens hat die Gehag insgesamt rund 8500 Wohnungen, darunter 2450 Einfamilienhäuser errichtet. Das Aktienkapital der Gehag in Höhe von 1 Million Mark befindet sich zum überwiegenden Teil in den Händen der Gewerkschaften. Der Rest ist auf andere Institute, die der Arbeiterbewegung nahe stehen, verteilt. Bei der heutigen schlechten Lage am Baumarkt wird sich der bisherige Aufstieg der Gehag nicht fortsetzen. Sogar könnte billiger gebaut werden, aber es fehlt an den nötigen Mitteln. Die Gehag hat sich unter dem Zwang der Verhältnisse entschlossen, im Interesse einer Verjorgung der wertmäßigen Bevölkerung Berlins mit preiswerten Neubauwohnungen, deren Erstellung durch die starken Preisstöße am Baumarkt ermöglicht wird, mitzuwirken. Die ungeheure Kürzung der Erbschaftsteuer für den Wohnungsbau gestattet jedoch nur noch den Bau so weniger Kleinwohnungen, daß die außerordentlich günstige Preislage am Baumarkt im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung nicht ausgenutzt werden kann. Dadurch wird auch die Entwicklung der Gehag ungünstig beeinflusst. Es ist bedauerlich, daß ein so erfolgreiches und wahrhaft gemeinnütziges Unternehmen in seinem Wachstum unterbrochen wird.

Die Sicherlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Berlin ist am 1. Juli erfolgt. Der I.G.B. hat sein neues Heim in Berlin, Köpenicker Straße 113, aufgeschlagen, in der Gegend, wo sich auch das Berliner Gewerkschaftshaus und das Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes befindet. Mit der Sicherlegung ist den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses Rechnung getragen.

Zauberer an der Bergstraße. Im Bergsträßer Anzeiger vom 24. Juni finden wir folgendes mysteriöse Inserat: Warnung! Warne hierdurch jedermann, der ausging, ich hätte eine falsche unwahre Behauptung betreffend Jauberevergehen meiner Schwägerin, sowie ihrer Tochter Margarete hier zur Last gelegt. Ferner warne ich alle diejenigen, die ausgingen, ich hätte in dieser Beziehung durch mein erstes Unternehmen den Glauben der heiligen Schrift zuwider gehandelt. Auch soll es denen zur Warnung dienen, die ausgingen, unsere Pferde seien durch unseren eigenen Fuhrmann verdorben und verdorrte Tiere geworden. Dies bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß alle diejenigen, die der Warnung keine Folge leisten, von mir gerichtlich belangt werden. Gezeichnet Frau Marie Fähring, geb. Riehl, Hochstäden, 24. Juni 1931. — Hochstäden ist eine kleine protestantische Filialgemeinde des bekannten Auersbach an der Bergstraße. Wir scheinen das Mittelalter doch noch nicht ganz überwinden zu haben.

Die Zeitungsanzeige hat ihren 300. Geburtstag gefeiert. Im Jahre 1691 soll die erste Anzeige in einer deutschen Zeitung erschienen sein. Welchen Aufschwung das Inseratenwesen in den 300 Jahren genommen hat, ist bekannt. In den Vereinigten Staaten hat man 1927 3400 Millionen Mark für Reklame ausgegeben. Der amerikanische Zeitungverlegerverband stellte 1928 fest, daß in USA 183 Firmen einen jährlichen Reklameaufwand von 100 000 Dollar und darüber trieben. Zwei große Automobilfabriken gaben 25 bzw. 2 Millionen Dollar für Reklame aus, eine Seifen- und eine Tabakfabrik je 1,7 Millionen. Für England nimmt man die Reklameausgaben mit 2,7 Milliarden Mark an. In Deutschland wird die Ausgabe für unmittelbare Reklame in Druck und Schrift mit rund 1 Milliarde Mark angenommen. Das kleine Österreich gibt 60 bis 70 Millionen Schilling für Reklame aus. — Die Reklame ist also zum unentbehrlichen Faktor der Abzchwirtschaft geworden. Riefenhafte Summen werden alljährlich dazu gebracht, um die ungeheuren Warenberge, die die kapitalistische Wirtschaft dem Verbrauch zur Verfügung stellt, absetzen zu können. Wir glauben, daß der Reklameaufwand geringer sein könnte, wenn das Massenintkommen höher wäre. Bei erhöhter Kaufkraft ist das Anwerben zum Kaufen weniger notwendig, als wenn dem großen Warenangebot eine geringere Nachfrage gegenübersteht.

Unsere Ferienheime. Für die graphischen Arbeiter, die ihren Urlaub an der See verbringen wollen, kommt zuerst das Ferienheim „Gutenberg“ in Graal in Mecklenburg in Betracht. (Siehe „Goldbarität“ Nr. 25.) Die Berliner Mitglieder unseres Verbandes haben eine eigene Erholungsstätte in Kleins-Röris, die billige und gute Unterkunft im wald- und seerichigen Gebiet der Mark Brandenburg bietet. Wer ins Gebirge reisen will, sei auf die Heime der Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ aufmerksam gemacht, die unsere Mitglieder zu ermäßigten Preisen benutzen können, da der Verband korporatives Mitglied der Genossenschaft geworden ist. Im Thüringer Wald liegt das Genossenschaftsferienheim Friedrichroda am waldigen Ausgang von Friedrichroda gelegen. 40 Zimmer, 85 Betten, sämtliche Zimmer heizbar, elektrisches Licht. Außerdem das Ferienheim Frauenaal hoch oben auf den Höhen des Thüringer Waldes, in der Nähe des alten Rennsteiges gelegen, 65 Zimmer, 120 Betten, elektrisches Licht, Zentralheizung, Bäder im Hause. Im Erzgebirge, Ferienheim Muldenhaus inmitten schier endloser Wälder des vogelreichen Erzgebirges gelegen. 17 Zimmer, 35 Betten. Ferienheim Ripsdorf (chem. Kurhaushotel Fürstenschloß), im Ostergebirge, am Ausgang der bekannten Sommerfrische Ripsdorf, 60 Zimmer, 90 Betten. Riefendes warmes und kaltes Wasser in allen Zimmern. In der Heide, Ferienheim Eisenhammer in ruhiger waldiger Gegend der Dübener Heide, zwischen den Städten Eilenburg und Mittenberg, 15 Zimmer, 46 Betten, schöne Gasträume, Bad. Im märkischen Seegebiet, Ferienheim Reichenhorst am waldumrandeten Klein-Körber See, im märkischen Seegebiet (Kreis Teltow), 20 Zimmer, 45 Betten, elektrisches Licht, direkt am See gelegen. Das Heim besitzt ein eigenes fischreiches Badegelande. Auskunft und Prospekt kostenlos bereitwillig. Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Eich Jena, Ferienheim-Genossenschaft „Naturfreunde“, e. G. m. b. H., Eich Jena, Marienstraße 4.

Der Verband der Maler hielt vom 22. bis 26. Juni in Breslau seine 22. Generalversammlung ab. 105 Delegierte waren anwesend außer dem Vorstand, der Redaktion des Verbandsorganes, der Gäste und der Bezirksleiter. Der Verbandsvorsitzende Bah, der bereits in seiner Eröffnungsrede auf die sorgenvolle Zeit hinwies, erstattete den Tätigkeitsbericht des Vorstandes über die Zeit von

3 Jahren. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser Periode aus Riefenhafte gestiegen, besonders ist das Baugewerbe am schlimmsten betroffen. Das Malergewerbe weist in den ersten 3 Monaten des laufenden Jahres im Durchschnitt eine Arbeitslosigkeit von 67,6 Proz. auf. Die übertriebene Leistungshaltung bedeutet eine große Gefahr für das gesamte Gewerbe. Um so eifriger müßte die Werbearbeit durchgeführt werden. In weiterem schärferte er die mißverhältnisse Arbeit des Verbandes auf sozialen, tariflichem und wirtschaftlichem Gebiete. Trotz der Angst der Zeit konnte der Verband am Jahresabschluss 1930 noch eine Zunahme von 2 000 Mitgliedern buchen. Seit 1928 hat der Verband rund 2 1/2 Millionen Mark für soziale Unterstützungszwecke ausgegeben. Zum Kasienbericht konnte der Hauptkassierer, Kollege Ringel, mitteilen, daß dieser sich trotz vermehrter Ausgaben günstig entwickelt habe. Auf das Mitglied entfiel 1930 ein Betrag von 78,60 M. Der Schriftleiter Marx besaßte sich eingehend mit den von kommunalistischer Seite eingereichten Anträgen zum „Maler“ unter Zustimmung des Verbandstages. In der Aussprache wurde, bis auf drei kommunalistische Delegierte, in durchaus objektiver Weise die umfassende Tätigkeit des Verbandsvorsitzenden rühmend anerkannt und dem Vorstand das Vertrauen ausgesprochen. Das dreißigköpfige Referat des Kollegen W. Egger vom Bundesverband über „Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftsystems“ wurde von den Delegierten mit großem Beifall entgegengenommen. Die vorzulegende Entschließung wurde ohne Aussprache angenommen. Ebenso fand das Referat des Kollegen Robert Sachs über „Die Anfall- und Gesundheitsgefahren unserer Berufskollegen“ die volle Aufmerksamkeit des Verbandstages. Auch das Referat des Verbandsvorsitzenden Bah, das in großen Zügen ein überblicksreiches Bild von den „Lohn- und Tarifbewegungen“ im Maler- und Lackiergewerbe in den letzten drei Jahren gab, fand rege Aufmerksamkeit. Die hierzu vorgelegte Entschließung fand gegen wenige Stimmen Aufnahme. Von den 263 eingereichten Anträgen wurden 205 abgelehnt. Darunter alle Anträge, die sich gegen die Gehälter richteten, für eine Verschmelzung mit dem I.G.B. einzutreten oder eine Herabsetzung der Beiträge bezweckten. Zum Gewerkschaftskongress wählte der Verbandstag die Kollegen Bah, Marx, Autt und Vogt. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter wurden wiedergewählt. Nur tritt an die Stelle des Schriftleiters Marx der Kollege Marx ein. Marx ist seit 35 Jahren verantwortlicher Redakteur des „Malers“. Er war in den Kreisen der Gewerkschaftsredakteure ein beliebter Kollege. Man wird ihn ungern scheiden sehen. Der Verbandstag bereitete ihm einen ehrenvollen Abschied. Kollege Bah beendete die prächtige und erfolgreich verlaufene Tagung mit einem passenden Schlusswort und einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung und die Malerinternationale.

Literatur

„Gewerkschafts-Kritik.“ Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Jung, Jena, Juniheft 1931. Verlag Karl Jung, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,60 M. Den Ortsverwaltungen sei die Beifolger zum Abonnement empfohlen. **Freie Gewerkschaften und Bauanstaltung.** In dem vorliegenden Doppelheft 9/10 der „Bühnen- und Photographie“ unterhält die Beschreibung der „Deutschen Bauanstaltung Berlin 1931“. Die „Wohnungs-Kritik“ erscheint zweimal monatlich. Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle, Berlin 34, Wallstraße 88, entgegen. **Die „Arbeit“.** Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Petzart. Schriftleiter Lothar Erdmann. Heft 6, 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin 34, Julestraße 6a. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M.

Achtung! **Gau Berlin** Achtung!

Am Mittwoch, dem 15. Juli, nachmittags 5 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engländer 24/25 (Saal 4):

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht vom 10. Verbandstag. 2. Aussprache. 3. Verschließenes.

Zutritt haben Delegierte und Funktionäre unter Vorlegung der für 1931 gültigen Berechtigungskarte und des ordnungsmäßig geklebten Mitgliedsbuches.

Der Gauvorsitz: Otto Bloth.

Die Auszahlung der vom Verbandstag in Stuttgart beschlossenen Sonderunterstützung in Höhe von 10 M. an unsere ausgetretenen arbeitslosen Mitglieder erfolgt in der Zeit vom 6. Juli bis 15. Juli 1931 in den üblichen Kasienstunden, vormittags von 9–11 Uhr. Berechtigigt zum Empfang sind alle arbeitslosen Mitglieder, welche in der Woche vom 22. Juni bis 27. Juni 1931 ausgeföhrt waren und soweit die Mitgliedsbücher ordnungsgemäß geklebt sind. Der Ortsvorsitz.

Am 23. Juni verchied unser lieber Kollege

Dermann Dost

im Alter von 56 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren dem Verstorbenen

Die Mitglieder der Zahlstelle Essen.

Unserer lieben Kollegin Linda Baum zu ihrem 25jährigen Verbandsjubiläum die besten Glückwünsche.

Zahlstelle Krimmischau (Ga. Ebold & Riebling).

Für die Woche vom 5. Juli bis 11. Juli ist die Beitragskarte in das 28. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schultze, Charlottenburg, Weichselstraße 5. Fernruf: Amt Westend 1328. — Verkauft: S. Rodahl, Charlottenburg, Herausgeber: Verband der graphischen Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands, Verbandsvorsitzend, Charlottenburg 9, Weichselstraße 5. — Druck: Buchdruckwerkstätte GmbH, Berlin SW 61, Dreifundstraße 5.